

Kongressdokument

Alles wiedererobern!

10 Worte, um die Arbeit und die CGIL zu verändern

Für eine Klassengewerkschaft, eine unabhängige, demokratische Gewerkschaft, eine Gewerkschaft, die kämpft

Prämisse: eine Bilanz von 2014 bis heute

Der letzte Kongress der CGIL hat die Linie des Vorhergehenden bestätigt: die Krise bewältigen, indem man einen Kompromiss mit Unternehmen und Regierung sucht. Eine Strategie, die bereits damals zur Beschränkung der Löhne geführt hatte und die Organisation der Arbeit den Unternehmern überlassen hat, sowie die Verabschiedung des Fornero-Gesetzes zu den Renten, den Art. 18 und die sozialen Abfederungsmechanismen toleriert hat.

Diese Linie ist verlierend. Das Fornero-Gesetz hat das Rentenalter auf 43 Arbeitsjahre oder 67 Lebensjahre hinaufgeschraubt und gleichzeitig Mobilität in Krisenfällen und Delokalisierung gelöscht. Mit dem Jobs-Act ist der Art. 18 definitiv abgeschafft, alle sind prekär und die Kontrollen über die Arbeit sind stärker geworden. Das Gesetz La buona scuola hat unter den Lehrern und den Schulen einen Wettkampf eröffnet, die Macht der Direktoren gestärkt und die Arbeitserfahrungen der Schüler den Interessen der Unternehmen unterworfen. Die Dekrete Madia haben das Brunetta-Gesetz bestätigt und der öffentlichen Verwaltung die Kontrolle über Arbeitszeiten und Organisation gegeben wie auch die Kontrolle über die zusätzlichen Lohnanteile für besondere Verdienste.

Die CGIL hat jeglichen Kampf angedeutet und schließlich unterbrochen, diskontinuierliche Mobilisierung, die ins Leere gelaufen sind. Die Schäden sollten schließlich mit nationalen und betrieblichen Abkommen behoben werden. Was jedoch mit einem Kampf der Massen schwierig zu erobern war, konnte in den Kategorien und den Betrieben unmöglich erhalten werden.

Aus den Verträgen sind Niederlagen entstanden. Lohnerhöhungen waren minimal (zwischen 50 und 100 Euro, einzig zum Inflationsausgleich und im öffentlichen Bereich nach 10 Jahren der mangelnden Vertragserneuerung nicht einmal das, bei den Metallern mit knapp 1,7 Euro brutto für das erste Jahr). Die geringen Lohnerhöhungen wurden mit einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgegolten, insbesondere bezüglich der Leistungsprämien und der Arbeitszeit (Flexibilität auch an Sonn- und Feiertagen). Hinzu kommen die vertraglichen Sozialleistungen (zusätzlicher Sanitätsfonds und Gutscheine) und der öffentliche Bereich, der unter Privatisierungen leidet.

Die CGIL hat somit versucht, alles auf die Charta der Rechte zu setzen (ein Volksbegehrensgesetz, das die prekäre Arbeit übernimmt und die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer an die Organisation abtritt) sowie **die Kampagne zum Referendum** zu Art. 18, den Voucher und den Ausschreibungen (die Fragen zur Schule, die von der GEW, den Basisgewerkschaften und den Koordinierungskomitees unterstützt wurden, wurden ausgenommen). Ohne Mobilisierung ist die Charta nicht einmal diskutiert worden und die Volksbefragungen wurden umgangen.

Auch zum letzten Haushaltsgesetz hat die CGIL beschlossen, dem Ganzen nicht auf den Grund zu gehen. Anstatt sich gegen das Fornero-Gesetz und die APE (der Betrug der Anleihen auf die Rente über die Banken) einzusetzen, hat sie erneut den Weg des Gesprächs um jeden Preis gewählt und die Kundgebungen des 2. Dezember sind in der Luft hängen geblieben.

Auch für den 8. März hat die CGIL, trotz des Einsatzes der Frauen gegen Gewalt, im Rahmen der großen internationalen, feministischen Mobilisierung von 2017 und 2018 keinen Streik zusammen mit *Nonunadimeno* ausgerufen.

Auch gegen Betriebsschließungen haben radikale Positionen gefehlt. Es hat wichtige und mutige Kämpfe gegeben, es fehlt jedoch eine allgemeine Auseinandersetzung, die imstande ist, die Verstaatlichung von krisengeschüttelten Banken und Unternehmen einzufordern.

Diese Strategie ist zum Verlieren verurteilt, da sie sich mit der Wirklichkeit messen musste. Die Krise dauert lange an und ist durch tiefgreifende Tendenzen gekennzeichnet. Die herrschenden Klassen haben die Finanz aufgebläht, Löhne und Sozialleistungen beschnitten, Produktionen ausgelagert, Dienstleistungen und Gemeingüter in Prozesse der Aufwertung eingegliedert, den Handel globalisiert und Währungszonen aufgebaut. Diese Entwicklungen haben die Widersprüche nur verstärkt. Ohne die Krise zu verhindern, haben sie zu sozialen und Umweltkatastrophen geführt und Ungleichheit und Konflikte gefördert. Auf Grund des Wachstums in Asien, den enormen Interventionen der Zentralbanken und der Schuldenexplosion ist ein schwaches Wachstum entstanden. Unter dem Gewicht ihrer Ungleichgewichte wird es jedoch implodieren.

Europa ist ein Epizentrum dieser Krise. Die EU der Banken und der Sparmaßnahmen hat Lohnbeschränkungen generalisiert und den Kontinent polarisiert (mitteleuropäische Entwicklung und Verarmung der Peripherie). Italien ist zwar in Europa das Land mit der zweitgrößten Produktion, hat aber eine Reduzierung des BSP um 10% und der Produktion um 20% erleiden müssen. Die Arbeitslosigkeit ist stark angestiegen, insbesondere unter den Jugendlichen und den Frauen, und **die historischen Unterschiede zwischen Nord und Süd haben sich radikalisiert und der Süden hat sich immer weiter entfernt:** wirtschaftlich (BSP, Industrie) und sozial (Arbeitslosigkeit, Lebenserwartung). Einerseits gibt es wieder Auswanderung und andererseits wieder Involution (Verkehr, Infrastrukturen, Dienstleistungen), auch wenn gerade im Süden einige große Betriebe (Stahlwerke, Raffinerien, FCA) überleben.

In der Krise hat man die Arbeit restrukturiert und prekäre Arbeitsverhältnisse sind immer mehr geworden: mehr als 80% der neuen Arbeitsverträge sind befristet, oft auch nur von ganz kurzer Dauer (ohne Unternehmen wie Deliveroo oder Foodora zu berücksichtigen, effektive abhängige Arbeit). Zusammen mit den prekären Arbeitsverhältnissen ist auch die Ungleichheit gewachsen: Nord und Süd, Italiener und Migranten, Junge und Alte. Immer eindeutiger sind die Gender-Unterschiede: Frauen erleiden Diskriminierungen in Beschäftigung und Löhnen, die gesamte Pflegearbeit lastet auf ihren Schultern.

Die Ausbeutung ist für alle größer geworden. Auch für die 15 Millionen mit unbefristeten Arbeitsverträgen. Die Automatisierung führt zur Restrukturierung von Produktion und Dienstleistungen, eine Art „digitalisiertes 19. Jhd.“: neue Technologie und alte Ausbeutung (wie die Armbänder von Amazon). Sicher, in einzelnen Bereichen werden die Monotonie der Bewegungsabläufe und die Anstrengungen reduziert. Jedoch wird die Befehlsgewalt des Unternehmens verstärkt, da kontinuierlich Informationen zu dem was und wann man arbeiten muss, gesammelt werden. Jede Veränderung zielt auf eine Intensivierung der Rhythmen: Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wird, wie immer, über den Lohn (niedrig und variabel) und die Arbeitszeit (so lange wie möglich, insbesondere aber wie es der Betrieb haben möchte) ausgetragen.

Gegenüber dieser Krise musste ja die Strategie der CGIL ins Leere laufen. Bei solchen epochalen Prozessen braucht es eine autonome Sichtweise. Man muss mit der Logik der Vereinbarkeit brechen, weswegen Rechte, Löhne und Sicherheit immer erst nach den Interessen des Unternehmens, dem Profit und der öffentlichen Verschuldung kommen.

Es ist an der Zeit, den Konflikt wieder aufzunehmen, ohne Angst das Wort Streik auszusprechen. Der Kongress muss sich mit dieser Bilanz auseinandersetzen und eine

Kehrtwende herbeiführen, dies auch auf Grund der Erfahrung der letzten Wahlen. **Ohne Mobilisierung und Streik werden die Gegenreformen nicht blockiert, erobert man keinen Lohn, verteidigt man keine Rechte und den Sozialstaat und werden Betriebsschließungen nicht aufgehalten.**

Die CGIL hat Millionen Unterschriften gesammelt, der letzte Generalstreik war jedoch 2014 gegen den Jobs Act. Man hat viele Tische aufgestellt, aber ohne einen Kampf auf den Plätzen und an den Arbeitsplätzen hat keine dieser Unterschriften Wirkung gezeigt. Oft hören wir „Arbeiter und Arbeiterinnen sind für den Kampf nicht bereit“. Dem ist nicht so. Das haben wir oft gesehen. Resignation verstreuen ist gerade das, was Führungskräfte nicht tun dürfen.

Die CGIL muss endlich aufhören, Abkommen mit Unternehmen und der Regierung hinter her zu laufen, muss die Einheit mit den Spitzen von CISL und UIL in Frage stellen, da diese immer mehr zu Komplizen der Sparpolitik geworden sind. Die Einheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterschied nach Herkunft, Geschlecht, Alter, Vertrag oder Tätigkeit ist immer ein Wert. Heute mehr denn je, da die Arbeit verstreut und gespalten ist. Die Einheit zwischen CGIL, CISL und UIL ist oft eine Bremse für Forderungen, den Kampf und auch die Demokratie.

Die Voraussetzungen für die Veränderung gehen von der Notwendigkeit eines Bruchs mit dem kapitalistischen Europa, welches von Bossen und Bankern verwaltet wird, aus. Die CGIL, die die größte europäische Gewerkschaft ist, muss der Ausgangspunkt für eine große Mobilisierung sein, bis zum Generalstreik aller europäischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, gegen die Sparpolitik, die Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, Privatisierungen, Verlagerungen und Produktionsauslagerungen. **Die CGIL, besteht auf einer eigenen Rolle und politischen Aktion, muss jedoch ihre eigene Autonomie wiedererringen, frei von jeglicher Institution, dem PD und der Zentren der Macht.**

Mit der Krise hat es sich wieder bestätigt, dass jede Errungenschaft Ergebnis eines Massenkampfs ist, der imstande ist, ein System in Frage zu stellen, das auf der kapitalistischen Ausbeutung ruht. Einerseits ist es somit notwendig, den Widerstand an den Arbeitsplätzen wiederaufzubauen, die Selbstorganisation, die Räte-demokratie, die Bildung von Kampfkomitees, Versammlungen und Koordinierungen für die Erstellung von Plattformen und die Organisation von Streiks zu unterstützen. Andererseits ist eine verbreitete Konfliktführung notwendig, die imstande ist, die Kontrolle über die Organisation der Arbeit (Lohn, Arbeitszeit, Rechte und Schutz) zu übernehmen und gleichzeitig eine allgemeine Auseinandersetzung aufzubauen, um den Kampf weiter zu führen.

Dies alles zu erlangen, ist nicht leicht. Es muss aber wieder eingefordert werden. Aus diesem Grunde stellen wir ein alternatives Dokument vor, das von Delegierten und Aktivisten getragen wird. Viele von ihnen kommen aus der Gruppe **Il sindacato è un'altracosa - opposizione Cgil**. 10 Worte, 10 Forderungen, 10 Ziele für eine alternative Linie der CGIL. Wir stellen dies all' jenen zur Verfügung, die an die Notwendigkeit einer Veränderung der Gewerkschaft glauben und versuchen möchten, diese zu verwirklichen.

1. #Vertrag und Lohn

Wir fordern eine Lohnerhöhung, die sicher und für alle gleich ist. Wir verteidigen den nationalen Kollektivvertrag.

Die Vertragserneuerungen der letzten Jahre haben die Grenzen der Linie der CGIL aufgezeigt: Die Illusion einen Punkt der Vermittlung mit den Unternehmen in einer depressiven Phase zu finden, ohne dies durch einen Konflikt zu erobern. Niemanden ist es gelungen, die Löhne zu erhöhen. Jeder Fachgewerkschaft hat sich auf den Tausch eingelassen und verschiedene Tiefpunkte erreicht. Sämtliche Lohnerhöhungen schützen nicht vor dem Verlust an Kaufkraft. Auch die relativ besseren Lohnerhöhungen (80/100

Euro) sind auf vier Jahre aufgeteilt worden oder mit großer Verspätung errungen worden, vgl. öffentliche Angestellte und Tourismus. Der niedrigste Abschluss war bei den Metallern. Zum ersten Mal gibt eine unsichere Lohnerhöhung, die an die Inflation des darauffolgenden Jahres gekoppelt ist: Es hätten 50 Euro sein sollen, die erste Rate war aber monatliche 1,7 Euro brutto für die V. Lohnenebene und die zweite Rate übersteigt die 16 Euro nicht. Eine solche Lohnerhöhung hat man noch nie erlebt. Man hat die IPCA, die Inflation ohne die Energiekosten auf die Minima angewandt (ohne den sogenannten Punktwert).

Um diese Lohnerhöhungen verdaulich zu machen, haben viele die Sozialleistungen (Gesundheit, und Zusatzrentenversicherung) miteingeschlossen und dazu sogar noch „flexible benefits“ (Einkaufsgutscheine jeglicher Art). Anstatt eine Steuerbefreiung zu fordern, hat man sich dazu entschlossen, diese in den nationalen Kollektivverträgen vorzusehen, um sie somit über die Betriebsverhandlungen zu legitimieren, wo immer mehr Unternehmen diese anstatt der Prämien vorsehen. Man hat einen Weg gewählt, der dazu beiträgt, die öffentlichen Sozialleistungen abzubauen, die Verträge zu entfremden und auch die Beiträge zu reduzieren. Verdienen tun nur die Unternehmer: sie sparen, binden die Arbeitnehmer ans Unternehmen und machen über die Gesellschaften, die diese Pakete verwalten, Geschäfte.

Diese kleinen Ergebnisse sind teuer bezahlt worden. Die Flexibilität ist gestiegen, teilweise sogar die Arbeitszeit. Überall ist die Möglichkeit von abweichenden Regelungen vorgesehen, auch dort, wo sie bis heute abgewiesen worden sind. Es sind die Rechte reduziert worden, wie Krankheit und Gesetz 104. Für Neueinsteiger werden eigenen Löhne vorgesehen. Im öffentlichen Bereich wurden die Madia-Dekrete mit der Differenzierung der zusätzlichen Lohnanteile und der einseitigen Macht der öffentlichen Verwaltung bezüglich der Organisation der Arbeit bestätigt. In der Schule wurde der Bonus für Verdienste in den Vertrag miteingeschlossen. Fast überall wurden Betriebsverhandlungen beschränkt.

Die Saison hat mit dem neuen Vertragsmodell geendet, das die Industriellenvereinigung mit CGIL, CISL und UIL zu Beginn des Jahres vereinbart haben und welches die Verhandlungen zentralisiert und, wie im öffentlichen Bereich, die Rolle des nationalen Kollektivvertrags als ein Instrument zur Lohnerhöhung (wie bei den Metallern) annulliert. Strukturell wird ein Teil des Lohns durch private Sozialleistungen und Benefits ersetzt, Lohnerhöhungen werden auf die zweite Ebene konzentriert und in den wenigen Unternehmen, in denen Betriebsverträge abgeschlossen werden, werden zusätzliche Lohnanteile variabel vorgesehen: Leistungen, Qualität, Anwesenheit. Zusatzrenten werden stabilisiert und die bis heute von den nationalen Kollektivverträgen ausgeschlossenen Klauseln und die Möglichkeit zur Einforderung der Verträge werden bestätigt.

Dieses Modell birgt die Gefahr, weitere Ungleichheit zu schaffen, insbesondere zwischen Mann und Frau. Der nationale Kollektivvertrag muss wieder ein universelles, solidarisches und zwingendes Instrument für alle werden.

Wir müssen Lohnerhöhungen und Rechte erringen, die Gesamtheit der Arbeit vereinen, die konkreten Lebensbedingungen für alle verbessern. Es reicht nicht aus, dies in den Dokumenten niederzuschreiben, es muss ein Ziel werden:

- **Über die nationalen Kollektivverträge fordern wir gleiche Lohnerhöhungen für alle**, ohne Beschränkungen durch die Inflation.
- **Wir fordern fixe Lohnerhöhungen ohne unsichere Parameter** wie Produktivität, Erhöhung der Rhythmen oder Anwesenheit.
- **Wir bekämpfen individuelle Differenzierungen, wie auch solche nach Gruppen oder Büros auf der Grundlage von Leistungskriterien.**

- **Wir bekämpfen jegliche Form von Eintrittslöhnen.**
- **Wir fordern einen interkategorialen Mindestlohn, der auf den Lohndurchschnitt Bezug nimmt**, wie das französische Modell, mit einer automatischen Anpassung an die Preise: ein Minimum, kein Lohn darf geringer sein, für keine Kategorie, der in jedem Grundvertrag enthalten sein muss. Dies muss ein besonderes Gesetz vorsehen.
- **Wir bekämpfen betriebliche Sozialleistungen und Einkaufsgutscheine**, weil sie Lohnanteile ersetzen und zur Abschwächung der öffentlichen Sozialleistungen beitragen. Wir fordern die Steuerbefreiung der Lohnerhöhungen durch die nationalen Kollektivverträge und wollen betriebliche Prämien, Sozialleistungen und Überstunden abschaffen.
- **Wir bekämpfen abweichende Regelungen und fordern die Löschung des Art 8 des Sacconi-Gesetzes.**
- **Wir fordern eine Arbeitsgesetzgebung und Ausschreibungen und die Weitervergabe auszulöschen**, damit sogleiche Bedingungen für gleiche Arbeit gesichert werden, sowie einen Mechanismus, der es den Betrieben unmöglich macht, Vertragsdumping zu betreiben.

2. #eineandereWirtschaftspolitik

Wir fordern eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die auf der Seite der Arbeit steht und stellen die Europäische Union, die auf Profit und Finanz baut, in Frage.

Jeglicher Sozialpakt hat sich letztlich als leer erwiesen und hat die Gewerkschaft gelähmt, die somit nicht imstande war, die Arbeit zu verteidigen. Eine Erfahrung, die sich wiederholt, von dem Abkommen Scotti von 1983, zur konzertierten Aktion der 90er Jahre bis zur Regierung Prodi: Der zweite Teil der Investitionen und der Beschäftigung ist nie eingetreten und wurde immer den Sparmaßnahmen und der Wettbewerbsfähigkeit geopfert. Die kapitalistische Gebarung der Krise hat zu einer immer direkteren öffentlichen Stütze (Subventionen, Hilfen für Banken, Industrie 4.0 usw.) für das System der Unternehmen geführt. Gleichzeitig entstand das Profil einer untergeordneten Gewerkschaft, die die Unternehmen bei der Regelung der Arbeit und der Produktion unterstützt (getrenntes Modell 2009, Einheitstext 10. Jänner 2014, Abkommen mit der Industriellenvereinigung 2018).

Das Steuersystem ist ungerecht und verstärkt die Ungleichheiten und führt Ressourcen aus der Arbeit dem Kapital zu. Seit 2008 sind die Steuereinnahmen von Personen gestiegen (lokale Steuern +40%, Gis/Tasi +91%) und die aus Kapital gesunken (IHRES -35%, IRAP -44%, Finanzrenditen -36%). Seit einiger Zeit behauptet die CGIL, dass das Problem nicht die Höhe der Steuern, sondern deren ungerechte Verteilung ist. Diese Worte finden wir jedoch in den Vertragsverhandlungen nicht wieder. Teilweise werden sogar die Interessen der anderen verfolgt, wie bei der Steuerentlastung für Überstunden, vertraglichen Sozialleistungen und Zusatzlöhne.

Diese Politik ist organischer Teil der EU, die auf Ware und Geld baut, auf den Wettbewerb zwischen Blöcken, dem Versuch die unterschiedlichen imperialistischen Interessen ihrer Mitglieder zu vermitteln und zu integrieren. Das ist das Europa der Bosse und der Banker, der Bombenabwürfe und des Stacheldrahts. Dieses Europa kann nicht reformiert werden, es muss bekämpft werden, wie auch jegliche nationalistische und souveränistische Tendenz, die nur dazu dient, Klassen neu unterzuordnen. Das einzige Europa, das wir wollen, ist jenes der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die CGIL muss somit eine breitere Mobilisierung organisieren, in Italien und auf dem Kontinent, um diese Politik und diese Institutionen auf den Kopf zu stellen: Für eine einseitige Abschaffung des Fiscalcompact und aller Verträge, die Sparmaßnahmen vorsehen, um die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich aus den Verfassungen zu streichen, die Schulden zu erlassen, gegen Delocalisierungen und Entlassungen, für europäische Vertragsverhandlungen und

eine Koordinierung unter den Arbeitnehmern gleicher Unternehmen in den verschiedenen Ländern. Aus diesem Grund muss sich die CGIL für eine tiefgreifende Veränderung des Europäischen Gewerkschaftsbunds einsetzen, damit eine wirkliche Gewerkschaft der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen entsteht.

In diesem Rahmen muss die CGIL ein stark progressives Steuersystem einfordern, mit einer drastischen Reduzierung der Steuersätze für Angestellte und Rentner, **gegen jeglichen Vorschlag einer Flat Tax,** die indirekten Steuern müssen reduziert und Renditen und Kapitalbewegungen stark besteuert werden. Auf große Vermögen braucht es eine Vermögenssteuer und die Plage der Steuerhinterziehung und -Vermeidung muss gestoppt werden.

3. #Renten

Das Fornero-Gesetz muss abgeschafft und ein gänzlich öffentliches Rentensystem auf der Grundlage des Lohns wiedererrungen werden.

In den letzten 30 Jahren hat jede Regierung die Sozialvorsorge angegriffen und das Rentenalter erhöht, die Auszahlungen reduziert und private Fonds gefördert. Das Fornero-Gesetz hat das alte System endgültig zerstört und die italienische Sozialvorsorge ist somit die schlechteste in ganz Europa. Dies betrifft sowohl das Eintrittsalter als auch das Berechnungssystem. Mit den automatischen Angleichungen werden wir erst mit 70 Jahren in Rente gehen.

Diese Lösung wurde gefunden, da man annahm, das System könne nicht mehr tragbar sein und so hat man Jugendliche gegen Senioren ausgespielt. Die Regierungen haben mit den Renten Geld kassiert und Förderungen an Unternehmen verteilt, ohne die Jugendarbeitslosigkeit zu verringern und dabei jene in Rente geschickt, die bereits zu viel gearbeitet hatten. Sie haben nie die Vorsorge (mit den Beiträgen der Unternehmer und der Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen) von der Fürsorge (die zu Lasten der Allgemeinheit sein sollte) getrennt, wie es in allen europäischen Ländern vorgesehen ist. Die Zerstörung des öffentlichen Systems hat den Weg für private Fonds frei gemacht. Diese setzen Beiträge und die Abfertigung den Spekulationen des Marktes aus.

Es braucht in unserem Lande eine breite Mobilisierung, deren erstes Ziel die Abschaffung des Fornero-Gesetzes sein muss. Man muss mit 60 Jahren oder mit 40 Dienstjahren in Rente gehen können. Für Frauen braucht es die Möglichkeit, dass die Mehrbelastung anerkannt wird. Insbesondere muss das Rentenalter für jene herabgesetzt werden, die in allen Bereichen der Industrie und der Dienstleistungen anstrengende und stressige Arbeiten geleistet haben.

Es muss sofort jeglicher Mechanismus abgeschafft werden, der automatisch den Renteneintritt mit der Lebenserwartung verknüpft.

Es braucht einen Kampf gegen Zusatzrenten und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen wieder die gesamte Abfertigung erhalten. Die Renten müssen wieder auf Grund der Löhne berechnet werden und somit muss eine Rente garantiert werden die 80% des Lohnes entspricht. Das System der Aufteilung muss verteidigt, die Vorsorge von der Fürsorge getrennt, jede Reduzierung der Beiträge muss abgelehnt werden, damit zukünftige Renten nicht weiter verschlechtert werden.

Die Renten müssen verteidigt werden. Die mangelnde Aufwertung der letzten Jahre kommt einem Diebstahl gleich und die CGIL hat dazu geschwiegen. Aus diesem Grunde ist es heute mehr denn je notwendig, eine automatische Aufwertung zu fordern, um die Kaufkraft kontinuierlich zu wahren.

Insbesondere müssen die Bedingungen der Frauen verteidigt werden. Dies betrifft sowohl jene, die bereits eine Rente erhalten (in der Regel eine ärmliche), als auch jene, die in Zukunft in Rente gehen werden. Das Fornero-Gesetz war ein harter Schlag für alle, für die Frauen jedoch eine wirkliche Niederlage (mehr als 7 Jahre mehr). Die

verschiedenen Mechanismen für eine vorgezogene Rente haben die Situation noch verschlechtert, die Beträge reduziert und die Unterschieden zu den Löhnen erhöht (Option Frau, freiwillige APE). Man muss Mechanismen finden, die keine Benachteiligung schaffen. Diese müssen auch während der Arbeitszeiten gelten und insbesondere eine Ergänzung der Beiträge und der Löhne für Mutterschaft und Pflegezeiten vorsehen.

4. #Arbeitszeit

Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen reduzieren und die Kontrolle über Leistungen, Arbeitsrhythmen wiedererringen, sowie die Sonn- und Feiertagsarbeit einschränken.

Die italienischen Unternehmen haben immer versucht, die Krise zu überwinden, indem sie durch eine vermehrte Kontrolle der Arbeitszeiten, die Ausbeutung erhöht haben. Nach den Errungenschaften der 70er Jahre ist nun die Arbeitszeit wieder angewachsen und in den Verträgen hat man verpflichtend Überstunden und Multiperiodizität ermöglicht. Prekäre Arbeitsverhältnisse haben schließlich zu einer größeren Flexibilität der Arbeitszeiten geführt. Mit der Krise ist der Druck der Bosse noch stärker geworden und die letzten Verträge (2015/2018) zeigen dies. Die Gegenseite hat fast überall eine größere Flexibilität (bis zu 104 Stunden im Textilbereich, 85 für die Landwirtschaft, 88 in der Lebensmittelverarbeitung, 80 für die Metaller und in vielen Fällen wurde die EGW entmachtet) durchgesetzt. Im öffentlichen Nahverkehr ist die Berechnungszeit durch die multiperiodale Arbeitszeit ausgedehnt worden. Im Textilbereich und bei den Versicherungen wurde eine immer kleiner werdende Monetisierung der Flexibilität vorgesehen. In einzelnen Fällen ist sogar eine bedingungslose Erhöhung der Arbeitszeiten vorgesehen: Umweltarbeiten von 36 auf 38 Stunden und im Chemiebereich wurden die Osterfeiertage in Sozialleistungen umgewandelt.

So verwenden die Betriebe die Arbeitskräfte, wann sie sie brauchen, ohne Mehrbezahlung, während Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gezwungen werden, ihre Lebenszeiten nach jenen der Betriebe zu richten. Dies ist das Modell Marchionne, welches 2010 und 2012 in FCA durchgesetzt worden ist: Verfügbarkeit über 21 Turnusse, auferlegte und kurzfristig vorgesehene Überstunden, Verringerung der Pausen, auf's Jahr berechnete Multiperiodalität und die Mensa am Ende des Turnus.

Dieses Modell verbreitet sich radikal im Bereich der Dienstleistungen, wo große Unternehmen mit standardisierten Führungsmodellen der Arbeitnehmer (Einkaufszentren, Telefonzentralen, Büros, die 24h auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet sind) vorherrschen.

Die Unternehmer fördern, insbesondere für Frauen, unfreiwillige Teilzeitarbeit, da diese strukturell flexibler ist, Frauen leichter erpressbar und somit leichter in verschiedenen Turnussen und zu unterschiedlichen Arbeitszeiten einsetzbar sind. In diesem Rahmen ist die immer stärker in Erscheinung tretende Reduzierung der Arbeitszeiten mit entsprechender Reduzierung der Löhne auf individueller Ebene eine Strategie, die auf eine individuelle Basis baut. Es setzt sich die Strategie der CISL durch (*„Flexibilität, mit vertraglich definiertem Kalender mit Zeiten von Mehrarbeit und einer entsprechenden Reduzierung während anderer Teile des Jahres, Teilzeit auf mehrere Tageszeiten aufgeteilt und Reduzierung der Beiträge, persönliche und selbstverwaltete flexible Arbeitszeiten“*).

Wir denken hingegen, dass es notwendig ist, die **Autonomie der Arbeit** wieder zu erringen (Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben Bedürfnisse und Rechte, die unabhängig von den Erfordernissen der Produktion bestehen), **Kontrolle der Leistungen** (die Organisation der Arbeit muss immer Gegenstand der Verhandlungen sein) und kollektive **Regelung der Tätigkeiten** (Zeit, Formen, Modalität und Rechte müssen immer kollektiv geregelt werden, ansonsten wird die Arbeit gespalten und geschwächt). Auf dieser Ebene muss die CGIL die Forderung **der allgemeinen Reduzierung der**

Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich vorantragen: „weniger arbeiten, damit alle arbeiten“, die bestehende Arbeit auf alle aufteilen (sie vermehren, wo es wenig oder zu wenig gibt, sie reduzieren, wo es mehr oder zu viel gibt). Gleichzeitig braucht es allgemeine Verhandlungen, um **gegen die Flexibilität und die Forderungen der Betriebe nach ständiger Verfügbarkeit, die Sonn- und Feiertagsarbeit und die unfreiwillige Teilzeit** anzugehen.

5. #Würde

Wir fordern die Abschaffung des Jobs Act, erobern wir uns den Art. 18 zurück und die sozialen Abfederungsmechanismen. Kämpfen wir gegen prekäre Arbeitsverhältnisse, gegen nicht bezahlte Arbeit, die Arbeitspraktika für Schüler und die unfreiwillige Teilzeitarbeit.

Der Jobs Act und bereits vorher das Fornero-Gesetz haben vermehrt zu Entlassungen aus disziplinarischen und politischen Gründen geführt. Mit der Abschaffung der Gründe für Entlassungen, den Schein-Lehrlingen, den Schein-Freiberuflern, den Mitarbeitern, den Praktika und den Verträgen auf Abruf sind auch die prekären Arbeitsverhältnisse gewachsen.

Mit dem Biagi-Gesetz ist auch die Anwendung der Ausschreibungen und der Verkauf von Betriebszweigen gewachsen. So werden die Arbeitskosten halbiert und alle sind leichter erpressbar. Die Abänderung des Art. 4 des Statuts zu den Fernkontrollen führt dazu, dass in den Betrieben Überwachungen mit der Begründung „der Verbesserung des Produktionszyklus“ eingeführt worden sind, die immer mehr die Leistungen überprüfen. Nicht tolerierbare Formen der Ausbeutung breiten sich aus, dies sowohl in alten (Landwirtschaft und Logistik), als auch in neuen Sektoren (wie Amazon).

In einzelnen Sektoren führt die Anwendung digitaler Geräte, in Ermangelung des Rechtes auf Trennung vom System, dazu, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen über PC, Tablet und Handys 24 Stunden kontrolliert und in Bereitschaft sind.

Prekäre Arbeitsverhältnisse vermehren sich auch durch die Alternanz Schule-Arbeit (Schulpraktika). Schülerinnen, die belästigt werden und Unfälle haben das ans Licht gebracht, was sich hinter der Berufsausbildung versteckt und die Ausbeutung der Jugendlichen aufgedeckt.

Das Problem des Südens erfordert heute mehr denn eine dringende Lösung. Der Süden erlebt eine weitere Verarmung, produktive Leere, extrem anwachsende Arbeitslosigkeit und sogar eine Verringerung der Lebenserwartung. Die Macht der Mafia ist stärker geworden, die immer mehr mit den Notablen der Politik und den Unternehmern verflochten ist. Das mafiöse Bürgertum bedingt mit seinem Kapital die soziale und institutionelle Dynamik, führt Unternehmen direkt und unterstützt die Vetternwirtschaft und die Korruption in der gesamten öffentlichen Verwaltung. Das produktive Bürgertum beteiligt sich an diesen Machtspielen und nutzt niedrige Löhne und mangelnde Rechte für sich aus.

Das Problem des Südens war und ist immer noch eine vergiftete Frucht des Kapitalismus. Es braucht mehr denn je einen diffusen sozialen Konflikt, der imstande sein muss, die unterworfenen Klassen zusammenschweißen und den Block der parasitären Macht zu brechen.

Die CGIL muss kämpfen, um die Bevölkerung des Südens aus der Erpressung zu lösen, die sie heute noch zwingt, Arbeiten in unwürdigen Verhältnissen zu akzeptieren, die illegale Anwerbung von Landarbeitern, die Schwarzarbeit und die organisierte Kriminalität. Als erstes fordern wir einen Lohn für Arbeitslose. Das Ziel ist, die Kämpfe des Südens mit jenen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen des ganzen Landes zu vereinen. Unter

diesem Gesichtspunkt ist das Problem Alaviva, mit der Spaltung zwischen Rom und Neapel, immer noch eine offene Wunde.

Die CGIL muss in allen Bereichen und Kategorien eine große Kampagne gegen alte und neue Formen der Ausbeutung starten, gegen autoritäres Verhalten der Bosse für:

- **Die Abschaffung des Jobs Acts** sowie sämtlicher Bestimmungen, die Entlassungen erleichtern.
- **Die Rückkehr zum Art.18** in der ursprünglichen Form des Arbeiterstatuts und seine Ausdehnung auf Betriebe mit weniger als 15 Angestellten.
- **Die Abschaffung der prekären Arbeitsverhältnisse.** Der Widerstand gegen unfreiwilliger Teilzeitarbeit, die Schwarzarbeit, die illegale Anwerbung von Landarbeitern und jeglicher Form von unbezahlter Arbeit. Die Abschaffung der Verpflichtung zur Alternanz Schule-Arbeit.
- **Die Abschaffung des Biagi-Gesetzes** sowie sämtlicher Bestimmungen, die eine Auslagerung von Betriebszweigen erlauben.- **Die Wiedereinführung der sozialen Abfederungsmechanismen** gemäß Gesetz 223/91 und deren Ausweitung auf Betriebe mit weniger als 15 Angestellten und auf nicht-industrielle Sektoren.
- **Volle bürgerliche und Arbeitsrechte für Menschen mit Beeinträchtigung.**
- **Ein außerordentlicher Plan für den Süden**, mit Investitionen, die imstande sind, strukturelle Unterschiede abzuschwächen, eine gute Beschäftigung und ein würdiges Leben sichern. Ein Plan, der einen radikalen Einsatz gegen die Mafia vorsieht, mit Beschlagnahmung der Güter und deren Verwaltung durch eine öffentliche Agentur.

6. #Gesundheit&Sicherheit&Umwelt

Bauen wir ein gewerkschaftliches Modell des Kampfes für die Gesundheit wieder auf, fordern wir die Anwendung der bestehenden Bestimmungen und Investitionen in das Gesundheitswesen und die Sicherheit am Arbeitsplatz, auf den Straßen, auf den Schienen, in den Schulen und den öffentlichen Gebäuden.

Die großen Umweltrisiken, und die ILVA ist nur die Bekannteste (es gibt mehr als 50 umweltschädliche Betriebe, um nicht von dem schwerwiegenden Erbe zu sprechen, das heute noch auf vielen Gebieten lastet), **die vielen Toten am Arbeitsplatz** (von Thyssen bis Lamina), auf der Schiene (von Viareggio bis Pioltello) und jene aus mangelnder Sicherheit des Territoriums und der Gebäude (Häuser und einschließlich Schulen), die **Berufsunfälle und-krankheiten**, die nicht nur durch nicht Berücksichtigung der Bestimmungen hervorgerufen werden, sondern auch durch monotone Arbeitsabläufe, höheren Rhythmen und dem Einfluss von schädlichen Substanzen oder ungesunden Arbeitsplätzen. All dies zeigt uns das absolute Desinteresse für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz im Namen des Profits.

Die Krise, die geringen Investitionen und die Einsparungen bei Überwachungen haben zu einer starken Verschlechterung geführt. Der Rückschritt bei den Bestimmungen und die Kräfteverhältnisse, die wachsende Erpressbarkeit, die Erhöhung des Renteneintrittsalters haben den Rest geschafft.

Hierzu muss die CGIL radikal und kontinuierlich eine große Mobilisierung schaffen, bis hin zum Generalstreik. Es braucht einen Weg, der jeglichen Kompromiss ablehnt (Mobilisierung und Streik nach jedem Unfall, **Einlassung als Nebenklägerin** jedes Mal, wenn ein Toter zu beklagen ist, immer Kampf für eine **sichere Verurteilung**, sichern dass jeder Delegierte, Sicherheitsverantwortlicher Risikosituationen aufzeigen darf, ohne Gegenschlag.

Wir müssen über eine gewerkschaftliche Aktion die Kontrolle über Aufgaben, Rhythmen, Arbeitszeiten wiedergewinnen.

Es ist auch notwendig, einen gendergerechten Gesichtspunkt zu erringen, der die Gesundheit und die Sicherheit der Frauen, einschließlich der Belästigungen am Arbeitsplatz (auch durch die Schaffung von Ansprechstellen für Frauen in der CGIL) ins Zentrum der Aufmerksamkeit setzt. Es besteht eine unterschiedliche Gefährdung und es braucht einen anderen Schutz vor Risiken, eine neue Beziehung zwischen gesunder Mutterschaft und Arbeitsorganisation (insbesondere Nachtarbeit, Turnusse an Samstag und Sonntag, monotone Arbeit und Fließbandarbeit).

Der Kampf für Sicherheit und Gesundheit betrifft auch den Schutz der Umwelt, des Gemeingutes, der Ökosysteme, gegen Umweltverschmutzung und Klimaveränderung. Umweltschädliche Produktionszyklen müssen umgewandelt werden, es müssen Technologien und Energiequellen der letzten Generation eingesetzt werden, hierzu braucht es erneuerbare Energien. Anlagen, die nicht zu sanieren sind, müssen geschlossen und umgestellt werden, sie müssen verstaatlicht und bonifiziert werden. Schulen, öffentliche Gebäude (insbesondere in den erdbeben- und hydrogeologisch gefährdeten Gebieten), Straßen. Schienen müssen abgesichert werden. Dies gilt auch für Mülldeponien. Die Politik der großen Bauten muss gestoppt werden. Sie sind eine riesige Verschwendung von Ressourcen, Quelle von Korruption und organisierter Kriminalität mit oft dramatischen Folgen für die Umwelt. Aus diesem Grunde steht die CGIL an der Seite der Gegner der Hochgeschwindigkeitsstrecke TAV sowie auch aller Bewegungen, die den Schutz des Territoriums verfolgen.

7. #öffentlicheSozialleistungen

Wir verteidigen öffentliche und universelle Sozialleistungen und kämpfen gegen eine private und vertragliche Regelung.

Seit Jahren gibt es eine Kampagne gegen die öffentliche Hand, um so Sparmaßnahmen und Privatisierungen der Dienstleistungen zu gerechtfertigen. Anscheinend gibt es zu viele Angestellte. De facto sind es weniger als in den anderen wichtigen europäischen Staaten, es besteht eine Überalterung und die Zahl ist auf Grund des Stopps der Neueinstellungen weniger geworden

Gesundheitswesen, Schule, Universität, Sozialhilfe, strukturelle Dienstleistungen sind grundlegende Rechte aller: Deswegen, wie mit dem Referendum von 2011 bestätigt, müssen sie immer in öffentlicher Hand bleiben, müssen universell sein, kostenlos und vom Staat und den Lokalkörperschaften und nicht von Privaten verwaltet werden.

Das Recht auf Gesundheit müsste eine der Säulen dieses Systems sein. Aber die Beziehung zwischen öffentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen und BIP ist inzwischen kleiner als in ganz Europa. Entgegengesetzt verläuft der Trend der Ausgaben für das private System, dieser ist inzwischen höher als im Rest Europas. Die Abdeckung des öffentlichen Gesundheitssystems ist kleiner geworden und um Hilfe zu erhalten, muss man zahlen oder man verzichtet ganz. In der Zwischenzeit sind die Zusatzversicherungen angewachsen.

Die Regierungen Renzi und Gentiloni haben Eingriffe in das Steuer- und Beitragssystem gemacht und die vertraglichen und betrieblichen Sozialleistungen sind eine Art „Lohn“ geworden. Man spricht von einem „zweiten Standbein“ des Gesundheitswesens, aber dem ist nicht so, weil man in der Zwischenzeit die Bettenanzahl reduziert, Krankenhäuser geschlossen und in die Pflege im Territorium und die Vorbeugung weniger investiert hat. Die Wartelisten werden länger. Die zusätzlichen oder privaten Leistungssysteme sind teurer und weniger effizient als die öffentlichen.

Nach den Forderungen der EZB von 2011, die eine Beschleunigung der Privatisierungen betrafen, hat man weiterhin privatisiert und ausgelagert, dies insbesondere bei den Pflegeleistungen und im Bereich 0-6 Jahre (wo die öffentliche Hand bereits sehr beschränkt interveniert, ein Drittel des Niveaus in Europa, mit einem Dschungel an

Regeln, Zugangskriterien und Kosten). Somit also Sozialleistungen, die immer weniger öffentlich angeboten werden und die zum Großteil auf den Schultern der Frauen lasten. Der Bereich der Genossenschaften – „rote“ (LegaCoopBund), „weiße“ (an die Kirche gekoppelt) oder „schwarze“ (Mafia Capitale) – bei denen der solidarische Geist längst durch die Logik des Marktes ersetzt worden ist, mit verstärkten Rhythmen und geringeren Löhnen als im öffentlichen Bereich, ist immer größer geworden.

In diesen Jahren ist auch das Recht auf eine Wohnung abgebaut worden, mit einer zunehmenden Privatisierung und dem Verkauf des öffentlichen Vermögens mit der darauffolgenden Politik der Kündigungen.

In den letzten 25 Jahren haben wir eine kontinuierliche Gegenreform der Schule, der Forschung und der Universität erlebt: von Berlinguer, Moratti, Gelminibis Renzi. Dieser Prozess hat widersprüchliche Tendenzen erlebt, Kehrtwenden, Blockaden, auch wegen des Widerstands der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, der Studierenden (vom großen Wettbewerb von Berlinguer bis zum Streik von 2015). Es gibt einen kontinuierlichen Druck, um die Bildungsstrukturen den Interessen der Unternehmen anzupassen, sie aufzuspalten (Schule und Universität entsprechend der Klasseninteressen) und sie auf Vermittlung von Kompetenzen zu zentrieren (Berufsschule). Auch soll das (öffentliche) System an den technologischen Transfer (für Private) angepasst werden. Zu diesem Drucksind noch bedeuten Einsparungen (im Widerspruch zu den anderen Ländern Europas) hinzugekommen. Das öffentliche und universelle System leidet somit immer mehr unter den geringen Ressourcen, dem Wettbewerb und der Differenzierung des Personals.

Die CGIL muss sich für die Wiedereroberung öffentlicher und universeller Sozialleistungen einsetzen und Widerstand gegen vertragliche Sozialleistungen und deren Steuerbefreiung leisten. Jegliche Regionalisierung (ausgehend vom Gesundheitssystem) muss annulliert und jede weitere Verstärkung desselben abgeschafft werden, da diese einer Differenzierung der sozialen Rechte im Lande dienen (wie die letzten Referenden im Veneto, und der Lombardei aber auch die Abkommen mit Emilia-Romagna, Toskana und Marken gezeigt haben).

Aus diesem Grunde braucht es eine Plattform mit den folgenden Forderungen:

- **Wiedererringen der Rechte für alle** im Bereich der Gesundheit, Bildung, Sozialleistungen, Wohnung und Zugang zu den wesentlichen öffentlichen Gütern.
- **Die Abschaffung der Gegenreformen der letzten Jahre**, die die öffentlichen und universellen Dienstleistungen der Logik der Privatisierungen und des Marktes unterworfen haben (von der Föderalisierung des Gesundheitssystems bis zur „Buonascuola“, von der Liberalisierung der lokalen Dienstleistungen bis zur Privatisierung der Sozialdienste).
- **Ein Plan für Investitionen** für das Gesundheitswesen, die Schule und die Universität, die öffentliche wissenschaftliche Forschung, soziale Hilfe und Dienstleistungen im Territorium.
- **Ein Neuanfang im öffentlichen Gesundheitswesen**, mit gleichen Niveaus der Dienstleistungen im ganzen Lande, einem neuen Impuls für Prävention und Gesundheitsförderung, mit Abschaffung der Tickets und der Intramoenia-Leistungen und der Verstaatlichung der pharmazeutischen Industrie.
- **Das Recht auf Bildung für alle, von der Kindheit bis zur Universität**, mit kostenlosen Schulen und Universitäten, mit freiem Zugang und einer Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr und der **Abschaffung der Alternanz Schule-Arbeit** laut Gesetz 107 (Arbeitszeiten und Ziele der beruflichen Bildung und der Beschäftigung). Die Forschung muss öffentlich garantiert werden, sie bildet die Achse der Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes.

- **Ein außerordentlicher Plan für die Beschäftigung** (Schule, Sanität, Lokalkörperschaften) und die Stabilisierung des prekären Personals.
- **Blockade der Liberalisierungen, Externalisierungen, Ausschreibungen und Privatisierungen** der öffentlichen und Sonderbetriebe.
- **Ein Prozess der Internalisierung der Sozialdienste** und die Übernahme in die öffentliche Verwaltung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen der privaten Betriebe und der Genossenschaften.
- **Eine wirkliche Lohnerhöhung im öffentlichen Bereich.**
- **Die Einführung des Grundsatzes, dass bei gleicher Leistung und Arbeit ein gleicher Lohn gilt.**

8. #Beschäftigung

Leisten wir entschlossenen Widerstand gegen Betriebsschließungen und Privatisierungen. Wir fordern die Verstaatlichung der Krisenbetriebe unter der Kontrolle der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

In Italien haben wir eine Arbeitskraft von 26 Millionen Personen: Es ist der geringste Beschäftigungsgrad in ganz Europa mit drei Millionen Arbeitslosen (dazu noch 2,5 Millionen mit unfreiwilliger Teilzeit), insbesondere im Süden und besonders unter Frauen und Jugendlichen.

Dies ist ein Notstand, der zu Armut und Zerfall führt, der Gesundheit schadet, jegliches Projekt für das Leben verhindert, Personen erpresst und sie zwingt, Bedingungen der Ausbeutung anzunehmen, die zum Schänden sind. Nicht umsonst gibt es wieder Auswanderungen.

In den letzten zwanzig Jahren haben die Unternehmen entlassen, während Gesetze und Verträge Löhne, Rechte und Bedingungen verringert haben. Auch im öffentlichen Bereich, anstatt antizyklisch zu agieren und Beschäftigung und Qualität zu sichern, hat man die Zahl der Angestellten reduziert, Gehälter blockiert und prekäre Verhältnisse und Unsicherheit verbreitet. Gleichzeitig sind Unterstützungssysteme für die Beschäftigung gelähmt und privatisiert worden, es wurden Mechanismen eingeführt, die dazu zwingen, Teilzeitarbeit und geringe Löhne zu akzeptieren und so den Arbeitsmarkt weiterhin zu verschlechtern.

Das Zeil der Vollbeschäftigung ist prioritär. Sich dem Markt und dem Wettbewerb anzuvertrauen, führt unvermeidlich zur Arbeitslosigkeit. Es braucht keine Bereichsverträge und Sonderzonen: Sie reduzieren Löhne und Rechte, schaffen Profit und verbessern weder die Beschäftigung noch die Qualität der Arbeit. Es braucht hingegen strukturelle Maßnahmen und eine Notstandspolitik.

Eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, die imstande ist, die Arbeit unter alle aufzuteilen (jenen geben, die keine oder nur wenig haben und für jene reduzieren, die mehr oder zu viel haben). **Eine breitgefaste öffentliche Intervention**, die auf Umstellung von Produktionen baut, auf das Wachstum des Südens, auf Forschung und Innovation, auf Schule und Bildung, auf die Sanierung des öffentlichen Kulturguts und der Umwelt, auf Gemeingüter.

Ein Plan für die Rückführung der Arbeitsvermittlung in die öffentliche Hand, mit der Abschaffung der privaten Agenturen für Leiharbeit. Ein Plan für einen Lohn für Arbeitslosigkeit und geringfügige Beschäftigung (für die, die die Arbeit verloren haben oder eine Arbeit suchen) der dem durchschnittlichen Lohn entspricht (ohne die Pflicht, Arbeiten akzeptieren zu müssen, die Teilzeit oder geringe Löhne vorsehen) und der durch die öffentliche Hand finanziert wird.

Es braucht eine außerordentliche Intervention für krisengebeutelte Unternehmen (von Alitalia bis ex Lucchini). Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind allzu oft allein

gelassen, nach Betriebsniederlassung aufgespaltet (vgl. ILVA oder Almagora). Es ist die erste Aufgabe der Gewerkschaft einen Arbeitskampf aufzubauen, der imstande ist, alle zu vereinen. Aus diesem Grunde braucht es eine sofortige und außerordentliche Blockade der Entlassungen und besondere Maßnahmen gegen Betriebsverlegungen. Eine öffentliche Maßnahme ist die einzige Lösung, um Produktion und Arbeitsplätze zu sichern. Es muss eine Industriepolitik für die einzelnen Sektoren gefordert werden, unfähige oder gar kriminelle Unternehmen (vgl. Riva, Rebra, wie auch Banken, die in den letzten Jahren Konkurs angemeldet haben) müssen verstaatlicht werden, ohne Entschädigung. Es muss ein neues Industriesystem unter der Kontrolle der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgebaut werden, wobei auch die betroffenen Bevölkerung miteinbezogen werden muss.

Dies heißt nicht Mitbestimmung, wie es so oft in den Gesetzen, den Dokumenten des Industriellenverbands und der Gewerkschaften steht, auch sehen wir so keine organisatorische Mitbeteiligung, Governance und finanzielle-wirtschaftliche Mitbestimmung vor. Auf diese Art und Weise schafft man nur Konfusion und unterdrückt Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und wirft sie in ihre Rolle als Produktionsfaktor zurück, leugnet die Autonomie der Arbeit und jeglichen Antagonismus. Für uns muss die Gewerkschaft ganz im Gegenteil Prozesse, Mittel und Institutionen der Selbstbestimmung entwickeln, Widerstands gegen die Befehlsgewalt der Unternehmen leisten, die kollektive Kontrolle der Arbeit und der Produktion übernehmen.

9. #Frieden, Solidarität, Gleichheit

Wir sind gegen Krieg, Rassismus und Faschismus. Schaffen wir das Gesetz Bossi-Fini ab. Setzen wir uns entschlossen gemeinsam mit der feministischen Bewegung im Kampf gegen Gewalt und für gesellschaftliche Rechte der Frauen ein.

Die Krise hat die Widersprüche und den Wettbewerb verstärkt. Imperialismus und Machtpolitik haben vermehrt zu Konflikten geführt, wir erleben eine Phase der Zurückdrängung der USA und eine verstärkte militärische Präsenz derselben, einen ungeordneten europäischen Imperialismus, ein Aufkommen neuer Mächte in Asien. Den Krieg haben wir täglich vor Augen und nationale Auseinandersetzungen, religiöse Feindschaften, Klassenkampf, Interventionen der angrenzenden Mächte und der verschiedenen Superimperialisten (Syrien, Ukraine, Iraq, Gaza, Libyen usw.) vermischen sich. Der Krieg ist auch in der Form des Terrorismus die europäischen Städte gekommen und hat zu einer Militarisierung geführt, die Gefahr läuft, Räume der sozialen Auseinandersetzung einzuschränken und die subalternen Klassen weiter aufzuspalten.

In diesem Rahmen kommt dem internationalistischen Profil der Arbeiterbewegung eine immer größere Bedeutung zu: gegen die imperialistische Machtpolitik Italiens, gegen die Auslandseinsätze des italienischen Heeres und die Unterstützung jener anderer Staaten, für die Schließung sämtlicher ausländischer Stützpunkte (jene der NATO in Italien und der italienischen im Ausland), für eine drastische Reduzierung der militärischen Ausgaben und eine Umwandlung der Kriegsindustrie. Die CGIL bestätigt wieder einmal das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung, ausgehend vom Kampf und dem Widerstand des palästinensischen, kurdischen und katalanischen Volkes.

Die Globalisierung, die Krise und die Vermehrung der Konflikte haben zu neuen migratorischen Bewegungen geführt, die hunderte Millionen von Menschen betreffen. **Die Rechte der Migranten sind unserer Rechte.** Die Bosse haben die gesellschaftliche und kulturelle Zugehörigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen immer nur verwendet, um ihre Kraft zu schwächen. Die Aufspaltung hat immer zu geringeren Löhnen, höheren Arbeitszeiten und Verschlechterung der Rechte für alle geführt. Kein Arbeitnehmer kann seine Bedingungen auf Kosten anderer verbessern, denn ihre Schwäche wird letztlich die Schwäche aller sein. In einzelnen Bereichen sind die Arbeits- und Lebensbedingungen

der Migranten unerträglich, insbesondere in der Landwirtschaft, der Logistik und überall dort, wo es illegale Arbeitsvermittler und Schwarzarbeit gibt. Die Sicherheitspolitik hat neue Ängste, Hass und Rassismus geschürt und die Krise hat diese noch vermehrt. **Die CGIL muss dafür kämpfen, dass diskriminierende Gesetze, von der Bossi-Fini bis zu den Maßnahmen von Minniti abgeschafft werden.** Es braucht eine neue Kampagne gegen jegliches Vorurteil, für die Abschaffung des Vergehens der illegalen Einwanderung, für das Recht auf Asyl und eine Politik der Aufnahme von Flüchtlingen und Schutzsuchenden, für ein Wahlrecht für alle, für transparente Regeln, sichere und kürzere Zeiten für ein bedingungsloses Recht auf Staatsbürgerschaft, *Ius Soli* und Anerkennung von Minderjährigen, die in Italien die Schule besuchen. Auch ist es notwendig, Plattformen und eine konkrete Praxis aufzubauen, die alle schützt, die Schwächsten verteidigt und Integration und Gleichheit schafft. **Die CGIL muss die Rolle der Migranten auch in ihrer Organisation aufwerten**, Hindernisse für ihre Präsenz in den EGV, den Vorständen und den Organen auf allen Ebenen aus dem Weg räumen.

Die CGIL muss gegen jede fremdenfeindliche, reaktionäre und faschistische Bewegung kämpfen. Auf den Straßen, in den Schulen, an den Arbeitsplätzen muss sich die Gewerkschaft immer gegen jede Aggression mobilisieren, muss standhaft kämpfen, um den Einhalt von Bestimmungen, auch verfassungsrechtlicher Natur, die den Wiederaufbau der faschistischen Partei verbieten, zu verhindern und die Aktionen der neofaschistischen Organisationen zu blockieren. Episoden, wie jene um die Mitbeteiligung an der Veranstaltung in Macerata, dürfen sich nicht mehr wiederholen.

Die CGIL setzt sich auch gegen männliche Gewalt gegen Frauen ein, gegen jegliche Diskriminierung am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft, ausgehend von den Lohnunterschieden, dem Rentenalter, den Arbeitsbedingungen und -zeiten (Gesundheit, Sicherheit, allgemeine Reduzierung der Arbeitszeiten aber auch gegen unfreiwillige Teilzeit). Wir denken, dass die CGIL, unter Berücksichtigung der jeweiligen Autonomie, die internationale feministische Bewegung Nonunadimeno unterstützen und sich an ihr beteiligen und den Generalstreik der Frauen am 8. März als ein Instrument des Kampfes teilen soll. Das Thema der männlichen Gewalt gegen Frauen und der Diskriminierungen muss angegangen werden, dabei muss das patriarchalische System infrage gestellt werden. Ausgehend von den laizistischen und feministischen Antigewaltzentren und der vollen Verteidigung des Gesetzes 194/1978 und gegen die Verweigerung aus Gewissensgründen in den öffentlichen Einrichtungen braucht es einen Einsatz für die Selbstbestimmung und die Rolle der Frauen. **Hierfür muss die CGIL Orte der Diskussion und der effektiv autonomen Vertretung der Frauen erneut schaffen.**

10. #gewerkschaftlicheDemokratie

Künden wir den TU vom 10. Jänner auf, verteidigen wir das Streikrecht, geben wir den Kämpfern und Delegierten Stärke, stellen wir die Bürokratie infrage und brechen wir mit den Palästen der Politik.

In einer Phase der Krise des Vertretungsanspruchs braucht es eine CGIL, für die die Demokratie und die Mitbestimmung eine tagtägliche Praxis ist. Die Mobilisierung und die Entscheidungen müssen immer an den Arbeitsplätzen diskutiert werden. **Für jede Plattform und jedes Abkommen muss eine verbindliche Abstimmung der Interessierten vorgesehen werden**, dabei dürfen universelle und nicht verfügbare Rechte nie infrage gestellt werden. Eine freie und geheime Abstimmung mit einheitlichen Vorgangsweisen. Die Einheit mit CISL und UIL kann nicht, wie es vorkommt, ein Vorwand sein, um ein Referendum über die Abkommen zu vermeiden. Die Demokratie gehört vorallererst den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und ist nicht eine Möglichkeit der Gewerkschaftsorganisationen.

Der TU vom 10. Jänner 2014 muss infrage gestellt werden. Gegenüber dem gerechtfertigtem Prinzip der Messung des Vertretungsanspruchs (was bis heute nicht angewandt wird), werden Gewerkschaften ausgeschlossen, die die EGV nicht unterzeichnet haben, wird der Anspruch der Delegierten beschränkt und bindet die Delegierten an die Gewerkschaft, durch welche sie gewählt worden sind und sieht keine Verpflichtung zur Abstimmung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zur Bestätigung der Abkommen vor. Insbesondere werden Räume und Möglichkeiten zum Widerstand gegen die Anwendung von Abkommen, die durch die Mehrheit bestätigt wurden, eingeschränkt, indem das Prinzip der Möglichkeit der Einforderung für die Unternehmen eingeführt wird. Sogar das Streikrecht wird durch Beruhigungsmaßnahmen und die Möglichkeit von Strafen für jene, die nicht einverstanden sind, eingeschränkt

Das Prinzip, dass der Vertretungsanspruch an die Annahme des Abkommens gebunden ist, muss zurückgewiesen werden. Die Delegierten dürfen nicht ernannt, sondern müssen gewählt werden und müssen somit immer ihre Autonomie beibehalten: Man muss auch mit Abkommen, die man nicht teilt, nicht einverstanden sein dürfen, auch wenn sie durch eine Mehrheit angenommen worden sind. An jedem Arbeitsplatz, keiner ausgeschlossen, müssen die EGV gewählt werden und die BGV durch demokratisch gewählte Vertreter ersetzt werden.

Die CGIL muss den Pluralismus garantieren, unterschiedliche Bereiche und Sensibilitäten schützen, ihre Arbeit, ihre Vertretung in den leitenden Organen und der Organisation sichern. Jeder muss in der CGIL seine eigene Meinung zu Abkommen, mit denen er nicht einverstanden ist, äußern können, auch während der Referenden. Es muss die Praxis geändert werden, nach welcher nur über die Argumente der Mehrheit informiert werden darf.

Die CGIL muss die Delegierten, die die Protagonisten der Kämpfe und der Arbeitsauseinandersetzungen sind, aufwerten, auch die Auswahl der eigenen Funktionäre darf nicht von oben auf Grund des Prinzips der Treue gelenkt werden.

Ihr Einsatz ist nicht auf "Lebenszeit" und muss auf Grund der Ergebnisse und des Konsenses bewertet werden. Die Organisation muss ein Mittel zur Mitbestimmung und der Unterstützung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sein, auch über finanzielle Mittel für den Widerstand (z.B. indem Quoten der Mitgliedsbeiträge hierfür bestimmt werden).

Man muss die Praxis der Indizierung der Kandidaten für die Funktion als Sekretär durch die regionalen Zentren überwinden und zur Definition von qualifizierten Prozentsätzen für die Kandidaturen kommen. Die Sekretariate müssen auf allen Ebenen wenigstens zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen aus den Arbeitsplätzen zusammengesetzt sein.

Wir brauchen eine CGIL, die mit der institutionellen Vereinbarkeit und der untergeordneten Rolle zum PD und den Palästen der Macht bricht, eine demokratische, von Unternehmern und der Regierung unabhängige Gewerkschaft, die wieder das einfordert, was in diesen Jahren verloren gegangen ist. Darum muss die Gewerkschaft nur mit den Mitteln ihrer Mitglieder leben. Man muss jegliche Abhängigkeit von bilateralen Körperschaften und Diensten abschaffen, sie können nicht zur hauptsächlichen Arbeit der Gewerkschaft werden. Insbesondere muss die Gewerkschaft wieder kämpfen, den Kampfkomitees und den Räten größeren Platz einräumen und die eigene Autonomie auf jegliche Art und Weise verteidigen. Ausgehen muss man dabei vom Widerstand gegen jeglichen Versuch, das Streikrecht einzuschränken (ausgehend von der Streichung des Gesetzes 146/90 und der folgenden Ausweitungen).

Eliana Como

Carlo Carelli
Mario Lavazzi
Savina Ragno
Luca Scacchi
Augustin Bruno Breda